

Zwangskollektivierung: Bauernbund bescheinigt Landesregierung “Unfähigkeit zu trauern”

Anlässlich der aktuellen Debatte um das vom Deutschen Bauernbund in Kyritz aufgestellte Denkmal für die Opfer der Zwangskollektivierung hat der Bauernbund Brandenburg der Landesregierung eine “Unfähigkeit zu trauern” bescheinigt.

“Wir reden über ein großes staatliches Verbrechen, vierhunderttausend mal Diebstahl und Nötigung, oft verbunden mit Sachbeschädigung und Freiheitsberaubung, in einigen Fällen sogar mit Mord”, stellte Bauernbund-Präsident Karsten Jennerjahn fest: “Da muss es doch möglich sein, der Opfer zu gedenken ohne im gleichen Atemzug zu sagen, wie schön es auf der LPG war und wie erfolgreich die Großbetriebe heute angeblich sind.”

Die linke Bundestagsabgeordnete Kirsten Tackmann hatte sich im Vorfeld gegen die “Opfersicht des Bauernbundes” (Berliner Zeitung 24.04.2010) ausgesprochen. Gestern erklärte der linke Landtagsabgeordnete Michael Luthardt, “Schwarz-Weiß Malerei” helfe nicht weiter und werde dem Thema nicht gerecht (Pressemitteilung 28.04.2010).

Dazu Jennerjahn: “Bei einem Verbrechen gibt es immer zwei Sichtweisen, die des Opfers und die des Täters. Wenn fünfzig Jahre nach der Zwangskollektivierung die Linke um Verständnis für die Motive der Regierung Ulbricht wirbt, Udo Folgart daneben sitzt und Matthias Platzeck schweigt, dann ist mir nicht wohl dabei .” Der Bauernbund unterstütze deshalb nachdrücklich die von CDU, FDP und Grünen vorgebrachte Forderung, der Ministerpräsident möge Stellung beziehen.

*Bauernbund Brandenburg
Geschäftsführer Reinhard Jung
Dorfstraße 20, 19336 Lennowitz
Telefon (038791) 80200
Telefax (038791) 80201
jung@bauernbund-brandenburg.de
<http://www.bauernbund-brandenburg.de>*